

POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

PIS, »DEKOMMUNISIERUNG« UND ENTPROFESSIONALISIERUNG

■ ANALYSE

Kaczyńskis PiS und die »Dekommunisierung«.

Entprofessionalisierung durch Personalwechsel in Justiz, Diplomatie und Streitkräften 2

Reinhold Vetter, Warschau/Berlin

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zu Landesjustizrat, Politikern, Regierung und Parteien 6

■ CHRONIK

2. – 15. Mai 2017 11

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



ANALYSE

Kaczyńskis PiS und die »Dekommunisierung«.

Entprofessionalisierung durch Personalwechsel in Justiz, Diplomatie und Streitkräften

Reinhold Vetter, Warschau/Berlin

Zusammenfassung

Seit dem Machtantritt der Nationalkonservativen um Jarosław Kaczyński im Jahr 2015 sind umfangreiche Personalwechsel in zentralen staatlichen und öffentlichen Institutionen ein wesentliches Element ihrer Politik. Betraf dies zunächst vor allem die Medien, das kulturelle Leben und geschichtspolitisch relevante Institutionen, so gilt dies inzwischen auch und gerade für die Justiz, die Diplomatie und die Streitkräfte. Zur Begründung wird angeführt, man wolle postkommunistische Hinterlassenschaften in diesen Institutionen beseitigen – ein Argument, das fast drei Jahrzehnte nach Beginn der Transformation wenig glaubwürdig ist. Tatsächlich geht es um die Besetzung der frei werdenden Posten mit eigenen Parteigängern, oft unabhängig von ihrer fachlichen Qualifikation. Das Ergebnis ist die Schwächung der Justiz als dritter Staatsgewalt sowie die Isolierung Polens in der internationalen Diplomatie und der europäischen bzw. euroatlantischen Verteidigungspolitik.

Jarosław Kaczyński und seine nationalkonservative Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) interpretieren ihre Wahlsiege des Jahres 2015 freimütig als Auftrag des Volkes, einen starken, zentralisierten Staat mit autoritären Zügen aufzubauen, eine »moralische Wende« in Staat und Gesellschaft einzuleiten sowie einen systematischen Elitenwechsel zu vollziehen. Sie wollen das seit der Wende von 1989 geschaffene und in ihren Augen »liberale und von internationalen Einflüssen zerstörte System« durch ein »nationales« ersetzen, das sich an traditionellen Werten wie Nation, Katholizismus und Familie orientiert und ein Bekenntnis zu den historischen Errungenschaften der Nation beinhaltet, so wie sie von der PiS interpretiert werden.

Kaczyński bezeichnet die Zustände insbesondere im polnischen Gerichtswesen als »pathologisch«. Für ihn und seine Mitstreiter bedeutet ein Elitenwechsel die Entfernung aller postkommunistischen Kader in den Bereichen Politik, Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur, die noch im alten System Karriere gemacht haben. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach Beginn der Transformation übertreibt er deren verbliebene Anzahl und ihren Einfluss allerdings schamlos.

Die verfassungsrechtlichen und staatspolitischen Auffassungen der Nationalkonservativen spiegeln sich vor allem in ihrem Umgang mit der Verfassung, dem Rechtsstaat und wichtigen Institutionen wieder. Mit aller Kraft bemühen sie sich, die Autonomie und Befugnisse des Verfassungsgerichts, der Justiz, der Polnischen Nationalbank und der öffentlich-rechtlichen Medien zugunsten der Exekutive einzuschränken. Der konservative Publizist Aleksander Hall vergleicht Kaczyńskis Denken mit dem des höchst umstrittenen Staatsrechtslehrers der ausgehenden Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus, Carl Schmitt, und spricht vom »Aufbau eines autoritären Staates«. Die frühere Bürgerrechtsbeauftragte und Richterin

am polnischen Verfassungstribunal, Ewa Łętowska, beobachtet eine »stufenweise Reduzierung des Rechtsstaats, die zu dessen völliger Aufhebung führen kann«.

Gegen die »Kaste« der Richter

Den aktuell in Polen Regierenden geht es insbesondere um einen umfangreichen Personalwechsel auf allen Ebenen des polnischen Gerichtswesens. Das zeigt ein Gesetzesentwurf, der dem Sejm vorliegt. Das 80-seitige Dokument wurde offiziell von einer Gruppe von PiS-Abgeordneten eingebracht, trägt aber ganz offensichtlich die Handschrift von engen Mitarbeitern des Justizministers Zbigniew Ziobro. Die bisherige Planung des Ministers sah vor, dass nach der Verabschiedung des Entwurfs der Austausch des Kaders am 1. Juli 2017 beginnen und bis Ende des Jahres abgeschlossen sein sollte. Doch dann, etwas überraschend, wurde die für den 10. Mai vorgesehene erste Lesung abgesetzt und auf unbestimmte Zeit verschoben. In unbestätigten Meldungen polnischer Medien wurde vermutet, die Verschiebung könne mit der scharfen Kritik der US-amerikanischen Delegierten Sheila Leonard im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen an Kaczyńskis und Ziobros Justizpolitik zusammenhängen. Die Denkweise der Nationalkonservativen und die Unerbittlichkeit, mit der sie bislang fast alle ihre Gesetzesvorhaben durchs Parlament gebracht haben, lässt allerdings vermuten, dass das Projekt zum Gerichtswesen zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben ist.

Wird das Gesetzesprojekt verabschiedet, dann hat der Minister, also die Exekutive, das letzte Wort bei der Benennung, Beförderung und Abberufung von Richtern aller Instanzen. Ohne Angabe von Gründen könnte er die Vorsitzenden der Gerichte und deren Richter austauschen. Die einzelnen Kammern hätten dann nicht mehr wie bisher ein Einspruchsrecht. Möglich würde auch die Entmachtung des Standesorgans der Richterschaft in

Gestalt des Landesjustizrates (*Krajowa Rada Sądownic-twa – KRS*). Dem Rat sollen zwar weiterhin 15 Richter angehören, aber nur solche, die der von der *PiS* dominierte Sejm dorthin entsandt hat. Die bisherigen Vertreter der Richter würden ihr Amt verlieren. Der *KRS* in der neuen Zusammensetzung hätte das Recht, eine zweitinstanzliche Disziplinarkammer zu berufen, die auf die Einhaltung »ethischer Standards« im Gerichtswesen achten soll.

Justizminister Zbigniew Ziobro verhehlt nicht, dass insbesondere die Vorsitzenden der Gerichte künftig nach den rechtlichen, politischen und moralischen Maximen der regierenden Nationalkonservativen handeln sollen. Der Landesjustizrat, so der Minister, habe tiefe Wurzeln in der Volksrepublik Polen. Es bedürfe einer verschärften Kontrolle der Richter, »um mit einer Kaste aufzuräumen, die sich für außergewöhnlich und jenseits aller demokratischen Kontrolle wähnt und die Bürger wie Untermenschen behandelt«. Der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński begründet seit Jahren seine anhaltenden Angriffe auf das Gerichtswesen damit, dass die Justiz in Polen weiterhin ein Bollwerk der vor 28 Jahren politisch entmachteten Kommunisten sei.

Inzwischen haben die regierenden Nationalkonservativen auch das Oberste Gericht (*Sąd Najwyższy*) im Visier. So hat eine Gruppe von 50 *PiS*-Abgeordneten beim Verfassungstribunal beantragt, die Rechtmäßigkeit der Wahl der Präsidentin des Obersten Gerichts, Małgorzata Gersdorf, im Jahr 2014 zu überprüfen. Frau Gersdorf ist eine der prominentesten Kritikerinnen der bereits von der *PiS* durchgesetzten Entmachtung des Verfassungstribunals und der angestrebten Veränderungen im Gerichtswesen. Der ehemalige Präsident des Verfassungs-tribunals, Andrzej Zoll, sieht in dem *PiS*-Antrag einen Gegenangriff auf das derzeit vor dem Obersten Gericht laufende Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Wahl von Julia Przyłębska, der aktuellen Präsidentin des Verfassungstribunals, die von der *PiS* durchgesetzt worden war. Dem Vernehmen nach plant Ziobros Ministerium für das Jahr 2018 eine umfassende Strukturveränderung des gesamten polnischen Gerichtswesens, was weitere Personalveränderungen nach sich ziehen wird.

Ohne Zweifel bedarf das polnische Justizwesen einer durchgreifenden Reform. Das wird auch von renommierten Juristen wie Ewa Łętowska, Jerzy Stepien und Andrzej Zoll, die gegenüber der *PiS* kritisch auftreten, nicht bestritten. Nicht selten benehmen sich Richter wie Angehörige einer abgehobenen Kaste, die hochnäsiger auf die »einfachen Bürger« herabsehen. Oft urteilen sie nur aufgrund einer formalen Anwendung des Rechts, ohne das jeweilige gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Umfeld eines Tatbestandes miteinzubeziehen. Wiederholt zeigte sich, dass Richtern die Kenntnis des EU-Rechts fehlt. Noch immer ist das Jurastudium sehr stark auf das Pauken von Rechts- und Gesetzesinhalten ausge-

richtet, anstatt auch die Anwendung des Rechts auf Tatbestände und juristische Auseinandersetzungen zu üben. Eine Abstellung dieser Schwächen wäre allerdings etwas anderes als der von der *PiS* angestrebte Kaderwechsel.

Ein Blick auf die geltende polnische Verfassung von 1997 zeigt, dass das Vorgehen der von der *PiS* geführten Regierung verfassungsrechtlich fragwürdig ist. In Artikel 178 wird ausdrücklich die Unabhängigkeit aller Richter betont, was selbstverständlich auch Unabhängigkeit von der Legislative und der Exekutive bedeutet. Die Richter, so heißt es dort, seien ausdrücklich der Verfassung und den geltenden Gesetzen gegenüber verantwortlich und außerdem, wie Artikel 180 festlegt, nicht abrufbar. Hier zeigen sich deutliche Parallelen zum deutschen Grundgesetz (Artikel 97 und 98).

Das Vorgehen der Nationalkonservativen um Jarosław Kaczyński hat harsche in- und ausländische Kritik nach sich gezogen. So fanden im ganzen Land Versammlungen von Richtern statt, bei denen der geplante Personalwechsel im Gerichtswesen scharf kritisiert wurde. Besorgt äußerten sich auch der polnische Bürgerrechtsbeauftragte sowie Sprecher des Obersten Gerichts und des Obersten Verwaltungsgerichts. Für den 20. Mai haben die drei größten polnischen Juristenverbände zu einem Kongress in Kattowitz (Katowice) eingeladen, der ebenfalls diesem Thema gewidmet ist. Im Ausland wurden kritische Stimmen insbesondere von Seiten der Europäischen Kommission, des Europarates, der Venedig-Kommission, der OSZE und der Vereinten Nationen laut.

Doch die Proteste dürften wenig ausrichten, denn die *PiS* wird ihre absolute Mehrheit im Sejm dazu nutzen, das Gesetz über die Veränderungen im Gerichtswesen durchzusetzen. Auch ist nicht zu erwarten, dass Präsident Andrzej Duda seine Unterschrift unter das Gesetz verweigern wird. Schließlich hätte eine Klage gegen das Gesetz vor dem Verfassungstribunal keine Chance, da dieses Gremium inzwischen von der *PiS* fast völlig gleichgeschaltet worden ist. Das Vorgehen der Nationalkonservativen, so Ewa Siedlecka von der Wochenzeitung »Polityka«, erinnere stark an die Dominanz der Kommunisten über die Justiz in der Zeit der Volksrepublik Polen.

Diplomaten auf dem Kaderkarussell

Ein zweites umfangreiches Revirement betrifft das polnische Außenministerium (*Ministerstwo Spraw Zagranicznych – MSZ*). Ein entsprechender Gesetzesentwurf von Andrzej Jasionowski wurde bereits im Kabinett beraten und soll demnächst im Sejm verabschiedet werden. Jasionowski ist im Außenministerium als Generaldirektor für den diplomatischen Dienst zuständig und gilt als enger Vertrauter von Jarosław Kaczyński. Laut Entwurf geht es um eine umfassende Reform des Auswärtigen Dienstes, die diesen von ehemaligen Mitarbeitern

des Sicherheitsapparats (vor dem 30. Juli 1990), ehemaligen Absolventen der Moskauer Diplomatenaakademie und »inkompetenten Mitarbeitern« säubern soll. Geplant ist die Überprüfung von etwa 1.200 Berufsdiplomaten und weiteren 2.400 Mitarbeitern. Sechs Monate nach Inkrafttreten der Gesetzesnovelle sollen alle diesbezüglichen Beschäftigungsverhältnisse im *MSZ* erlöschen, sofern den entsprechenden Personen nicht neue Verträge angeboten wurden. Die Unruhe im Ministerium ist groß.

Doch wie stellt sich der tatsächliche Personalbestand im *MSZ* dar? Etwa 80 Prozent aller Beschäftigten haben ihre Arbeit erst nach 1989 aufgenommen, also nach dem Beginn des Systemwechsels. Hinter vorgehaltener Hand geben auch Jasionowski und seine engsten Mitarbeiter zu, dass die Zahl der früheren »Agenten«, um die es geht, unter einhundert (!) liege. Die weitaus größte Gruppe der Diplomaten und Beschäftigten des *MSZ* hat ihre Arbeit unter den Außenministern Krzysztof Skubiszewski (1989–1993), Władysław Bartoszewski (1995 und 2000–2001) und Bronisław Geremek (1997–2000) aufgenommen – häufig kamen die Mitarbeiter aus der Tradition der *Solidarność*-Bewegung und hatten – wenn überhaupt – unterschiedliche parteipolitische Präferenzen. Vor allem diese Gruppe steht für den bahnbrechenden diplomatischen Neuanfang Polens in den 1990er Jahren.

Die dabei erzielten Erfolge waren enorm. Es genügt der Verweis auf die Beitrittsverhandlungen und die Aufnahme Polens in die NATO und die EU, die enormen Finanzhilfen der EU für Polen, die polnische Ostpolitik (vor allem die Unterstützung der Ukraine), die Begründung des Weimarer Dreiecks und die erfolgreiche Entfaltung der Beziehungen zu Deutschland sowie den Aufbau guter Beziehungen zu Israel – und dies angesichts von Regierungen, die von unterschiedlichen Parteien geführt wurden, sowie Präsidenten unterschiedlicher parteipolitischer Präferenz.

Natürlich war und ist der polnische diplomatische Dienst – wie überall auf der Welt – auch nach der Transformation von 1989 nicht ohne Schwächen. Im *MSZ* gibt es auch Mitarbeiter, die ihr Ministerium als »Reisebüro auf hohem Niveau« betrachten, verbunden mit den entsprechenden Annehmlichkeiten, ganz zu schweigen von denen, die ihren Dienst tun, ohne »besonders aufzufallen«. Doch das Gros der Mitarbeiter zeichnet sich durch hohe Professionalität aus.

Vor diesem Hintergrund entpuppt sich der von der *PiS*-Regierung angestrebte Personalwechsel im polnischen Außenministerium in erster Linie als »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme« für Personen aus dem eigenen politischen Lager. Fachleute und kompetente Mitarbeiter unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen politischen Ansichten sollen durch »Parteisol-daten« ersetzt werden. Ist dieses Manöver erfolgreich,

bedeutet dies das Ende der nach 1989 aufgebauten polnischen Diplomatie.

Schon jetzt lässt sich erkennen, wohin Außenpolitik führt, die hauptsächlich innenpolitisch motiviert ist. Das wichtigste Beispiel ist die dilettantisch vorgetragene Opposition der polnischen Regierung gegen die Wiederwahl von Donald Tusk zum Präsidenten des Europäischen Rates, die zur diplomatischen Isolierung des Landes in der EU erheblich beigetragen hat. Der Widerstand gegen Tusk resultierte ausschließlich aus dem Wunsch, diesen als künftigen innenpolitischen Gegner der *PiS* zu diskreditieren. Ebenso erfolglos war der Versuch der Regierung, die in der EU wachsende Zustimmung für ein »Europa der zwei Geschwindigkeiten« einzudämmen.

Der Verteidigungsminister als Sicherheitsrisiko

Neben der Justiz und der Diplomatie ist das Militär eine dritte, für das Funktionieren des Staates wichtige Instanz, die ins Fadenkreuz rigider nationalkonservativer Personalpolitik geraten ist – mit drastischen Folgen für die Verteidigungsbereitschaft des Landes und die europäische bzw. euroatlantische Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik.

Seit dem Amtsantritt des Verteidigungsministers Antoni Macierewicz wurden mehr als 30 Generäle entlassen. Da im Ministerium an einer Veränderung der gesamten Führungsstruktur des Militärs gearbeitet wird, ist zu erwarten, dass weitere Umbesetzungen erfolgen werden. Die Unruhe in der Truppe ist groß. Wiederholt ist es vorgekommen, dass sich Offiziere in der Öffentlichkeit kritisch zur Personalpolitik von Minister Macierewicz geäußert haben. Der Minister, so hieß es, habe sehr starke persönliche Machtambitionen, er erwarte eine geradezu besinnungslose Unterordnung, die selbst in einer von Befehlen und deren Ausführung stark geprägten Institution wie dem Militär ungewöhnlich sei, treffe sprunghafte Entscheidungen und besetze Posten ausschließlich mit Kandidaten, die nicht nur mit seinen militärpolitischen, sondern auch seinen politischen Auffassungen generell einhundertprozentig übereinstimmen.

Inzwischen gefährdet die Personalpolitik des Ministers die Mitarbeit Polens in den zentralen Strukturen der NATO. Ende April 2017 waren 16 führende Positionen, die Polen im Bündnis zuerkannt worden waren, nicht besetzt. Einer derjenigen Militärs, die abrupt nach Polen zurück beordert wurden, ist General Janusz Bojarski, der seit 2014 das NATO Defense College in Rom, die zentrale Militärakademie der NATO, geleitet hatte – sehr zur Zufriedenheit der höchsten Stellen des Bündnisses. Ende Oktober 2016 musste er seinen Posten verlassen. Eine Reihe unbesetzter Stellen gibt es nach wie vor auch unter den Militärattachés in den Botschaften der Republik Polen. Das gilt beispielsweise für die Bot-

schaft in Washington, wo bislang kein Nachfolger für den im Januar 2016 abgezogenen Jarosław Stróżyk eingesetzt wurde. Schließlich ist der Posten des polnischen Botschafters bei der NATO seit Dezember 2016 vakant.

In internationalen Diplomatenkreisen und in führenden Kreisen der NATO wird Verteidigungsminister Macierewicz inzwischen als völlig unberechenbar eingeschätzt – so lautete beispielsweise der Tenor in einem bekannt gewordenen internen Bericht der US-amerikanischen Botschaft in Warschau an das State Department in Washington. Diplomaten sprechen von einer Paranoia, wenn etwa Macierewicz die Außenminister bestimmter NATO-Staaten der Agententätigkeit für Russland bezichtigt. Für Verwunderung sorgte außerdem seine Ankündigung, NATO-Stellen würden sich in die Aufklärung der Hintergründe des Absturzes der polnischen Präsidentenmaschine vor Smolensk am 10. April 2010 einschalten. Bis heute hat Macierewicz keinerlei Beweise für seine Behauptung vorgelegt, dass der Absturz auf einen russischen Anschlag zurückzuführen sei.

Bei den Geheimdiensten großer NATO-Staaten wie den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien gilt Macierewicz sogar als Sicherheitsrisiko, weil er nicht davor zurückschreckt, interne Recherchen polnischer Dienste zu veröffentlichen, wenn er es politisch für opportun hält, womit er aber in Kauf nimmt, dass Geheimdienststrukturen öffentlich bekannt werden. Wenn es irgendwie geht, vermeiden führende Verteidigungspolitiker und hohe Militäranghörige dieser Staaten jeglichen Kontakt mit dem polnischen Verteidigungsminister.

Inzwischen hat Macierewicz' Auftreten sogar zu großen Spannungen zwischen ihm und dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda geführt, der qua Verfassung Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist. Insbesondere die Personalpolitik von Macierewicz und die fehlende Besetzung wichtiger Posten hat die Kritik des Präsidenten nach sich gezogen. Da der mündliche Wunsch der Präsidialkanzlei nach einem klärenden Gespräch zwischen Duda und Macierewicz seitens des Ministers tagelang nicht beantwortet worden war, sah sich der Präsident zwei Mal gezwungen, ein solches Gespräch schriftlich anzumahnen. Macierewicz reagierte erst, nachdem in den Medien auf diese Briefe eingegangen worden war. Bislang ist allerdings nicht bekannt, ob es bei dem dann erfolgten Treffen zu einer Annäherung der Standpunkte gekommen ist.

Präsident Duda ist in diesem Zusammenhang politisch eher in einer schwachen Position, da Parteichef Jarosław Kaczyński, der auch über die Besetzung der Regierungsposten entscheidet, bislang an Macierewicz festhält. Der Minister repräsentiert den starken radikalen Flügel in der *PiS* und ist für Kaczyński auch eine Speerspitze, wenn

es um die Propaganda der Nationalkonservativen in der Angelegenheit der Flugzeugkatastrophe von Smolensk geht. Mag sein, dass sich Kaczyński eines Tages anders entscheiden wird, wenn er zu dem Schluss kommt, dass das Auftreten von Macierewicz zu viele Wählerstimmen kostet.

Fazit

Die nationalkonservative Politik der sogenannten Dekommunisierung ist anachronistisch. Natürlich gibt es postkommunistische Restbestände im Denken und Handeln von Juristen, Diplomaten, Militäranghörigen und anderen Bediensteten staatlicher und öffentlicher Institutionen, jedoch sind dies Randerscheinungen. Der polnische Historiker Antoni Dudek hat den Anachronismus der *PiS* treffend auf den Punkt gebracht, als er in einem Interview mit der »Polityka« sagte: »Kaczyński kämpft weiter gegen [...] postkommunistische Seilschaften, obwohl davon nur noch marginale Reste übrig geblieben sind. Er will ein Polen zerstören, das es seit langem nicht mehr gibt.«

Natürlich gibt es in den polnischen Institutionen einen gewissen Bedarf an Entwicklung, Modernisierung und mehr fachlicher Professionalität. Neben dem bereits genannten Bereich der Justiz wäre auch die Pädagogik zu nennen, wo über weite Strecken eine nachgerade obrigkeitsstaatliche Vermittlung von Wissen vorherrscht. Doch sind dies keine postkommunistischen Schwächen ideologischer oder machtpolitischer Natur, vielmehr verweisen sie auf einen Mangel an demokratisch gestalteten Lern-, Ausbildungs- und Reifeprozessen und auf ein mangelndes demokratisches Bewusstsein bei aller unbestritten notwendigen Führung – quer durch alle politischen Lager. Ohne Zweifel verfügt Polen über viele qualifizierte Juristen, Diplomaten und Militärs, die das Land nach vorne bringen können und wollen, wenn man sie lässt. Man muss sie klug einsetzen, nicht ersetzen. Die *PiS* macht das genaue Gegenteil.

Ewa Łętowska sagte in einem Gespräch mit dem Magazin »Krytyka Polityczna«: »Die *PiS* macht in diesem Zusammenhang einen klassischen Fehler: Durch Zentralisierung in bestimmten Bereichen eliminiert sie die dortigen Mechanismen der Selbstkorrektur, was bedeutet, Kompetenzen ausschließlich auf die höchste Ebene zu verlagern. In diesem Fall: in die Hände von Menschen zu legen, die nicht sehr gebildet bzw. ausgebildet sind, aber »ihre« Bürokraten sind, was dazu führt, dass sich deren Schwächen auf den gesamten Bereich auswirken, dem sie vorstehen.«

Das Vorgehen der *PiS* bedeutet zivilisatorischen Rückschritt und wirft damit ein Land zurück, das sich in den fast drei Jahrzehnten seit Beginn der Transformation hohes Ansehen für seine demokratischen Errungenschaften erworben hat.

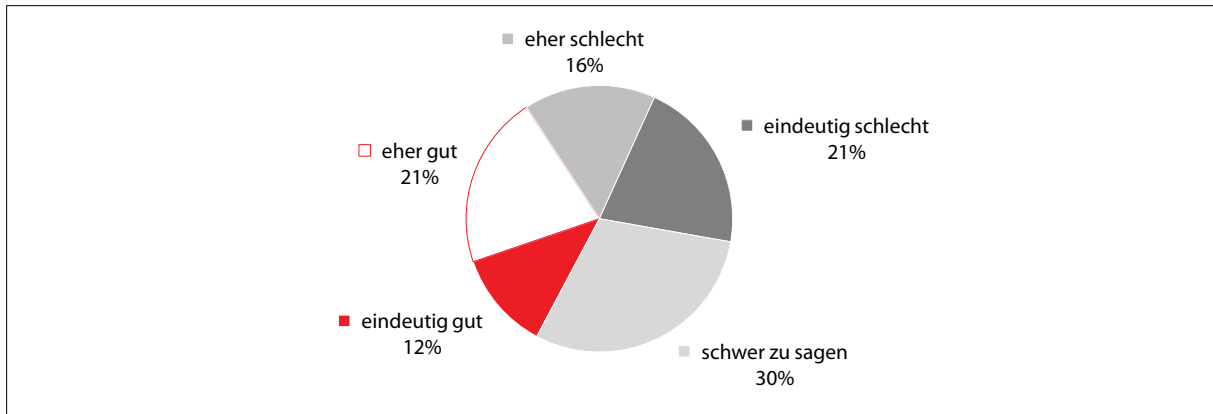
Über den Autor

Reinhold Vetter ist freier Wissenschaftler und Publizist mit den Arbeits- und Forschungsschwerpunkten Zeitgeschichte und Politik Ostmitteleuropas. Er lebt in Warschau und Berlin.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zu Landesjustizrat, Politikern, Regierung und Parteien

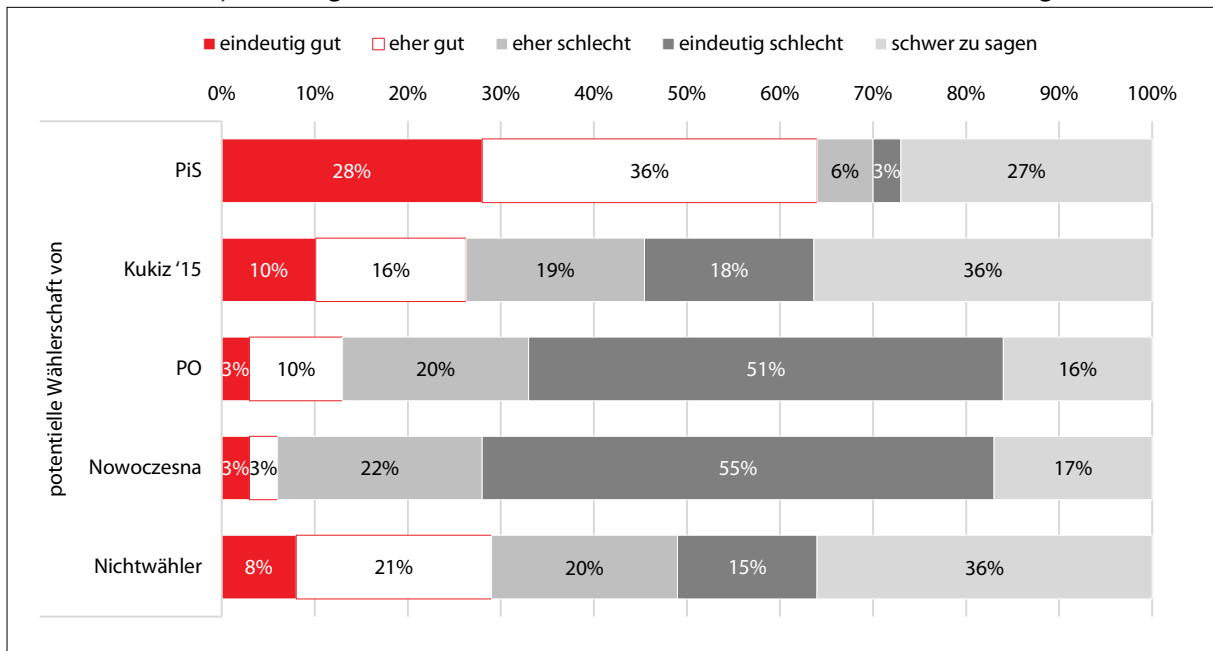
Grafik 1: Ist es Ihrer Meinung nach eine gute Idee, dass die Richter vom Parlament in den Landesjustizrat gewählt werden und nicht, wie bisher, von der Versammlung der Richter?*



*Landesjustizrat/Krajowa Rada Sądownictwa – KRS

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 31/2017: Społeczne oceny wymiaru sprawiedliwości [Die gesellschaftliche Beurteilung des Justizwesens]. Warszawa 03/2017. <www.cbos.pl>

Grafik 2: Ist es Ihrer Meinung nach eine gute Idee, dass die Richter vom Parlament in den Landesjustizrat gewählt werden und nicht, wie bisher, von der Versammlung der Richter?*



*Landesjustizrat/Krajowa Rada Sądownictwa – KRS

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne
 Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 31/2017: Społeczne oceny wymiaru sprawiedliwości [Die gesellschaftliche Beurteilung des Justizwesens]. Warszawa 03/2017. <www.cbos.pl>

Tabelle 1: Einstellungen zu Politikern: Änderungen im Wert für Vertrauen von April 2016 bis April 2017 (%)

	2016									2017			
	04	05	06	07	08	09	10	11	12	01	02	03	04
Mariusz Błaszczak (Innenminister)	31	29	28	31	33	33	33	31	29	29	30	31	31
Włodzimierz Czarzasty (Parteivorsitzender der SLD)	17	18	15	14	13	17	15	15	14	15	13	17	14
Andrzej Duda (Präsident der Republik Polen)	58	57	58	62	64	59	62	61	59	59	60	58	63
Piotr Gliński (Minister für Kultur und Nationales Erbe)	21	23	-	23	21	20	20	20	24	22	21	25	25
Jarosław Gowin (Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen)	35	31	29	32	33	32	35	33	32	35	37	34	37
Jarosław Kaczyński (Parteivorsitzender der PiS)	36	32	36	37	37	37	37	37	34	37	35	34	36
Stanisław Karczewski (Senatsmarschall)	15	17	15	15	16	16	16	16	15	23	21	20	22
Władysław Kosiniak-Kamysz (Parteivorsitzender der PSL)	31	33	27	27	28	29	29	28	27	36	33	34	32
Marek Kuchciński (Sejmmarschall)	19	20	18	19	20	20	20	21	19	22	22	22	23
Paweł Kukiz (Parteivorsitzender von Kukiz '15)	51	45	44	48	47	47	47	46	45	49	51	48	50
Antoni Macierewicz (Verteidigungsminister)	28	27	27	30	30	29	30	28	28	29	27	26	25
Mateusz Morawiecki (Minister für Entwicklung und Minister für Finanzen)	28	29	28	33	32	30	36	35	35	36	38	35	40
Ryszard Petru (Parteivorsitzender von Nowoczesna)	41	39	33	33	33	33	35	35	31	25	26	27	26
Elżbieta Rafalska (Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik)	29	26	-	29	29	28	34	32	30	30	34	36	36
Grzegorz Schetyna (Parteivorsitzender der PO)	30	31	26	25	25	29	27	24	24	26	27	28	30
Beata Szydło (Ministerpräsidentin)	52	48	50	54	55	50	57	51	51	53	52	51	52
Witold Waszczykowski (Außenminister)	28	27	26	30	28	30	26	25	26	26	25	27	26
Anna Zalewska (Bildungsministerin)	-	-	-	-	21	23	25	25	25	27	28	27	28
Zbigniew Ziobro (Justizminister)	40	-	36	42	42	43	44	40	41	41	41	42	43

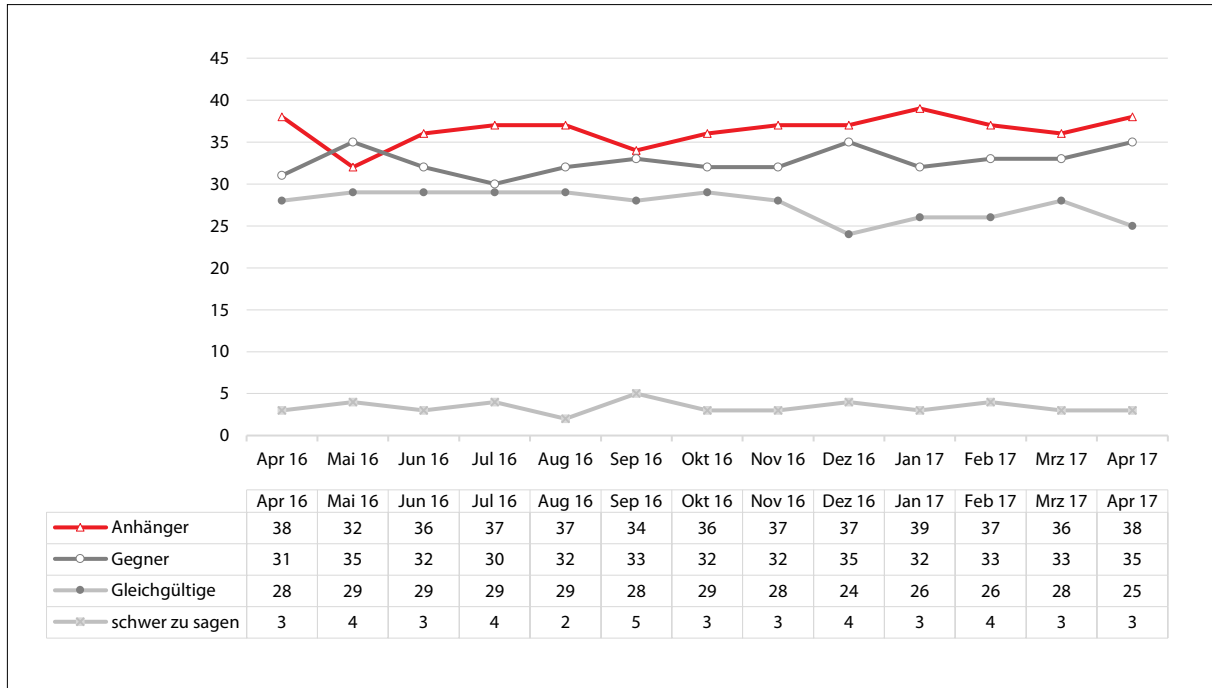
SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Nowoczesna/Die Moderne; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform
 Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 47/2017: Stosunek do polityków w kwietniu [Das Verhältnis zu Politikern im April]. Warszawa 04/2017. <www.cbos.pl>

Tabelle 2: Einstellungen zu Politikern: Änderungen im Wert für Misstrauen von April 2016 bis April 2017 (%)

	2016									2017			
	04	05	06	07	08	09	10	11	12	01	02	03	04
Mariusz Błaszczak (Innenminister)	29	28	26	24	24	29	28	27	30	29	31	34	32
Włodzimierz Czarzasty (Parteivorsitzender der SLD)	17	20	18	17	19	19	20	18	18	19	19	20	20
Andrzej Duda (Präsident der Republik Polen)	29	30	27	24	24	29	25	25	29	28	28	29	26
Piotr Gliński (Minister für Kultur und Nationales Erbe)	21	23	-	18	19	22	21	20	20	21	23	23	22
Jarosław Gowin (Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen)	27	28	29	26	26	29	26	26	26	24	24	25	24
Jarosław Kaczyński (Parteivorsitzender der PiS)	48	53	49	47	47	49	49	50	50	50	52	53	50
Stanisław Karczewski (Senatsmarschall)	11	13	12	10	11	13	14	12	13	16	17	19	14
Władysław Kosiniak-Kamysz (Parteivorsitzender der PSL)	12	14	11	13	13	12	13	13	13	10	12	12	13
Marek Kuchciński (Sejmmarschall)	18	21	18	18	18	23	19	19	21	30	28	29	28
Paweł Kukiz (Parteivorsitzender von Kukiz '15)	22	27	26	24	25	24	27	25	25	23	27	27	23
Antoni Macierewicz (Verteidigungsminister)	50	51	49	48	48	50	52	51	53	51	55	60	58
Mateusz Morawiecki (Minister für Entwicklung und Minister für Finanzen)	9	10	12	11	11	16	14	14	18	18	19	22	19
Ryszard Petru (Parteivorsitzender von Nowoczesna)	28	29	31	31	29	30	32	29	31	41	39	40	42
Elżbieta Rafalska (Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik)	12	13	-	11	11	14	12	13	16	14	15	17	17
Grzegorz Schetyna (Parteivorsitzender der PO)	35	34	40	41	40	36	39	40	39	41	40	40	40
Beata Szydło (Ministerpräsidentin)	32	35	32	29	29	34	31	33	34	31	33	35	36
Witold Waszczykowski (Außenminister)	25	26	24	21	20	24	29	27	29	28	30	33	33
Anna Zalewska (Bildungsministerin)	-	-	-	-	13	19	25	26	28	25	25	27	26
Zbigniew Ziobro (Justizminister)	38	-	38	38	36	39	37	40	40	39	40	40	39

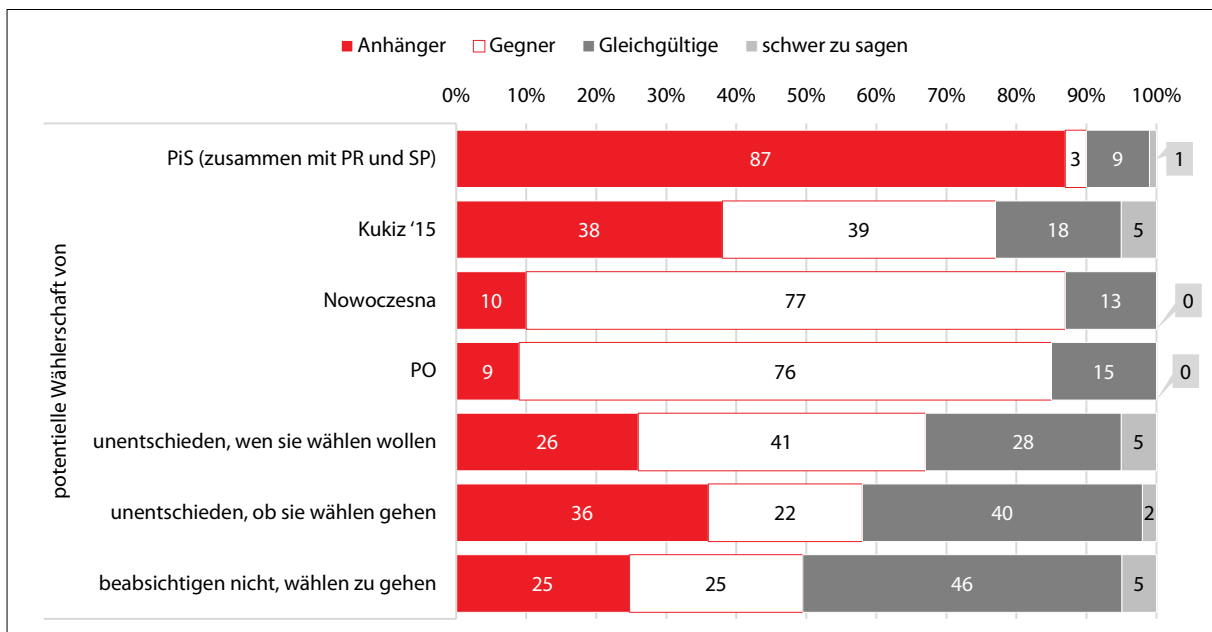
SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Nowoczesna/Die Moderne; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform
 Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 47/2017: Stosunek do polityków w kwietniu [Das Verhältnis zu Politikern im April]. Warszawa 04/2017. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Einstellung zur Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 43/2017: Stosunek do rządu przed głosowaniem nad wotum nieufności [Die Einstellung zur Regierung vor der Abstimmung über das Misstrauensvotum]. Warszawa 04/2017. <www.cbos.pl>

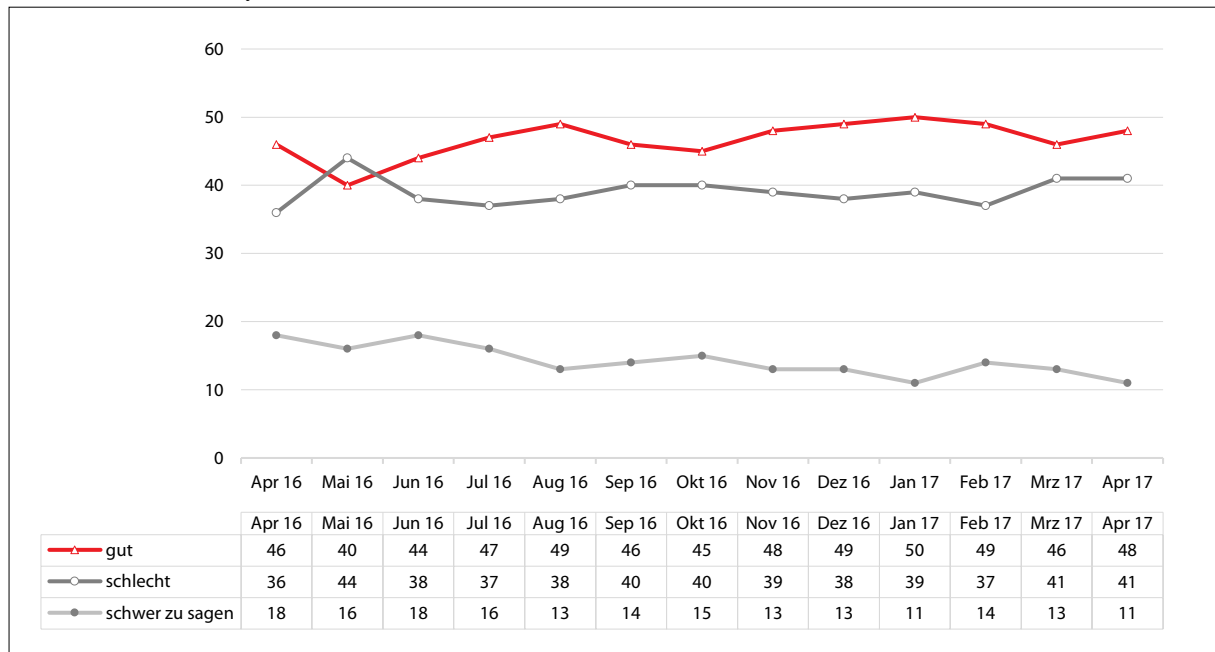
Grafik 4: Einstellung zur Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło nach Parteipräferenzen (%)



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PR – Prawica Rzeczypospolitej/Rechte der Republik; SP – Solidarna Polska/Solidarisches Polen; Nowoczesna/Die Moderne; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

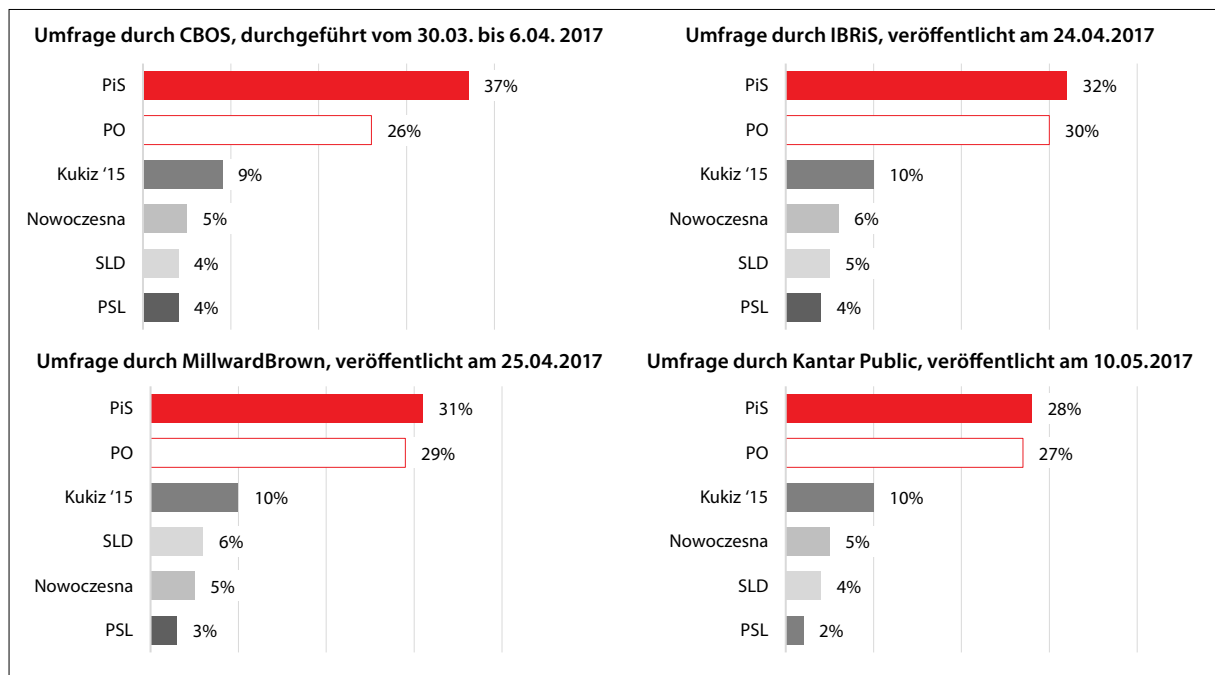
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 43/2017: Stosunek do rządu przed głosowaniem nad wotum nieufności [Die Einstellung zur Regierung vor der Abstimmung über das Misstrauensvotum]. Warszawa 04/2017. <www.cbos.pl>

Grafik 5: Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der Regierungstätigkeit unter Ministerpräsidentin Beata Szydło? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 43/2017: Stosunek do rządu przed głosowaniem nad wotum nieufności [Die Einstellung zur Regierung vor der Abstimmung über das Misstrauensvotum]. Warszawa 04/2017. <www.cbos.pl>

Grafik 6: Parteienunterstützung nach verschiedenen Meinungsforschungsinstituten



Quellen: Umfrage durch CBOS: CBOS Komunikat z Badań Nr 40/2017: Preferencje partyjne w kwietniu [Parteipräferenzen im April]. Warszawa 04/2017. <www.cbos.pl>; Umfrage durch IBRiS: <<http://www.tvpparlament.pl/sondaze/sondaz-pis-317-proc-po-30-reszta-w-tyle-piec-partii-w-sejmie/30078262>> (abgerufen am 12.05.2017); Umfrage durch MillwardBrown: <<http://wybory.millwardbrown.com/>> (abgerufen am 11.05.2017); Umfrage durch Kantar Public: <<http://wiadomosci.onet.pl/kraj/sondaz-kantar-public-po-depcze-po-pietach-pis/h9b11jl>> (abgerufen am 11.05.2017)

CHRONIK

2. – 15. Mai 2017

02.05.2015	Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung, in der es sich auf Äußerungen des Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron in Frankreich bezieht. Es stellt klar, dass die von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geführte Regierung Polens und der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński keine Bündnispartner der rechtsradikalen Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen seien. Polen sei ein demokratisches Land, das Menschen mit anderen politischen Meinungen und anderen Ansichten respektiere und toleriere. Des Weiteren habe niemand, der die Geschichte und die innenpolitische Situation Polens kenne, das Recht, Polen der Sympathie mit dem imperialen Russland zu bezichtigen.
03.05.2017	In seiner Rede aus Anlass des Nationalfeiertags der Verfassung vom 3. Mai 1791 spricht sich Präsident Andrzej Duda für ein Referendum über eine Verfassungsreform in Polen aus.
04.05.2017	In einem Interview sagt Grzegorz Schetyna, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), außer dem Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Verteidigungsminister Antoni Macierewicz würden bei Bedarf weitere Misstrauensvoten gegenüber anderen Ministern beantragt. Wichtig sei nicht nur das Ergebnis der Abstimmung, sondern ebenfalls die Debatte, die bei solchen Anlässen stattfände.
05.05.2017	Bei seinem offiziellen Besuch in Polen trifft sich der Emir von Katar, Scheich Tamim Bin Hamad, mit Präsident Andrzej Duda. Thematisiert werden u. a. die Situation im Nahen Osten sowie die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie. Duda dankt Katar, dass es Mitglied der globalen Koalition im Kampf gegen den Terrorismus ist.
06.05.2017	In Warschau findet der Marsch der Freiheit statt, zu dem die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und andere oppositionelle Gruppierungen aufgerufen haben. Nach Angaben der Polizei nehmen ca. 12.000 Personen, nach Angaben der Stadtverwaltung ca. 90.000 Demonstranten teil.
08.05.2017	Nach dem Wahlsieg Emmanuel Macrons bei den Präsidentenwahlen in Frankreich am Vortag äußert Ministerpräsidentin Beata Szydło die Hoffnung, dass Macron nach Polen kommen werde, um sich zu überzeugen, dass Polen ein demokratisches, sich dynamisch entwickelndes Land sei. Polen habe anders als manche westlichen Länder keine Probleme mit der inneren Sicherheit seiner Bürger. Dies könne ein Punkt für die Annäherung zwischen Polen und Frankreich sein. Zuvor hatte Macron im Wahlkampf gesagt, dass die Demokratie in Polen erhebliche Probleme habe und die EU mit Sanktionen reagieren sollte, wenn diese nicht gelöst würden.
08.05.2017	Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyna, bezeichnet den Wahlsieg Emmanuel Macrons bei den Präsidentenwahlen in Frankreich am Vortag als Erleichterung für Europa und die freie Welt. Nun müssten die polnisch-französischen Beziehungen erneuert werden. Diese hätten beispielsweise unter der Entscheidung der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) gelitten, die Verhandlungen mit Frankreich über den Kauf französischer Militärhubschrauber auszusetzen. Schetyna spricht sich auch für die Erneuerung der Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen) aus.
09.05.2017	Der ehemalige Präsident Aleksander Kwaśniewski kritisiert den Vorschlag von Präsident Andrzej Duda, ein Referendum über eine Verfassungsreform durchzuführen. Eine Volksbefragung bereits im kommenden Jahr, wenn der 100. Jahrestag der Unabhängigkeit Polens begangen wird, zusammen mit den Selbstverwaltungswahlen durchzuführen, werde der Ernsthaftigkeit der Aufgabe nicht gerecht und schade dem polnischen Staat.
10.05.2017	Nach Einschätzung des Ministeriums für Entwicklung könnten infolge des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union mehrere tausend Arbeitsplätze in Polen entstehen. Zurzeit würden Gespräche mit Finanz- und Wirtschaftsunternehmen laufen, die Interesse an einer Verlagerung ihrer Aktivitäten nach Polen hätten.
10.05.2017	Auf dem Forum des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen wird Polen für seine Reform des Gerichtswesens und des Verfassungstribunals und den unzureichenden Kampf gegen die Diskriminierung von Minderheiten kritisiert sowie die Garantie der Unabhängigkeit der Medien angemahnt.
11.05.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło beginnt ihren Besuch in der Volksrepublik China, während dem sie am erstmalig tagenden Wirtschaftsforum »One Belt, One Road« in Peking teilnehmen wird. Vorgesehen sind Treffen mit chinesischen Wirtschaftsvertretern, um Investoren nach Polen zu ziehen. Ziel des Projekts »One Belt, One Road« ist der Aufbau eines Infrastrukturnetzes zwischen China und Europa; es knüpft an die historische Seidenstraße an.
12.05.2017	In einem Artikel für die Tageszeitung »Rzeczpospolita« spricht sich Außenminister Witold Waszczykowski für einen engeren Kontakt mit Frankreich auf bilateraler Ebene und im Rahmen des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Polen, Frankreich) sowie für gemeinsame Projekte im Rahmen der EU, der NATO und der UN aus. Des Weiteren sagt er, Polen sei gegen die Idee eines Europa der zwei Geschwindigkeiten und gegen Protektionismus, nur ein geeintes Europa und die Vertiefung des freien gemeinsamen Marktes könnten die EU aus der Krise führen.

14.05.2017	Auf dem Wirtschaftsforum »One Belt, One Road« in Peking spricht Ministerpräsidentin Beata Szydło mit dem Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan. Erdoğan zeigt sich an einer Intensivierung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert und stellt eine Erhöhung des Handelsumsatzes von bisher 5,5 Mrd. US-Dollar auf 7 bis 10 Mrd. US-Dollar in Aussicht, so die Kanzlei der Ministerpräsidentin. Des Weiteren sei über die Migrationspolitik der Europäischen Union gesprochen worden.
15.05.2017	Der Präsident der Republik Lettland, Raimondis Vējonis, kommt zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Warschau und trifft sich u. a. mit Präsident Andrzej Duda und Senatsmarschall Stanisław Karczewski. Thematisiert werden Fragen der Sicherheit, mit Blick auf den NATO-Gipfel in Brüssel in der kommenden Woche, und der regionalen Zusammenarbeit, insbesondere der »Drei-Meere« Plan, der die mitteleuropäischen Staaten auf einer Nord-Süd-Achse stärker miteinander verbinden soll.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2017 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen